

Die „Freiheit“ erscheint morgens und nachmittags, an Sonn- und Festtagen nur morgens. Der Bezugspreis beträgt bei jeder Zustellung ins Haus für Groß-Berlin oder bei direkter Postbestellung ohne Bestellgebühr monatlich 3,- M., bei Zustellung unter Briefband 3,- M. Die „Freiheit“ ist in den ersten Nachtrag der Postverordnungen für 1919 eingetragene Zeitung.

Interate sollen die achtzehnstündige Nonparillgesellschaft oder deren Name 1,20 M., Wortanzeigen bei sechsstündiger Nacht 20 Pfg., jedes weitere Wort 20 Pfg., Anzeigenzusatz 50 Pfg. Familien- und Besondereanzeigen (für die Zuschlag fort). Interate für den darauffolgenden Tag müssen spätestens bis 5 Uhr nachmittags bei der Expedition aufgegeben sein.

Redaktion: Berlin NW. 6, Schiffbauerdamm 19 III, Fernsprecher: Amt Norden 2595 und 2596.

Expedition: Berlin NW. 6, Schiffbauerdamm 19 Fernsprecher: Amt Norden 9768

Die Freiheit

Berliner Organ

der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Feuergefechte in Hannover.

Hannover, 8. Juli.

Amlich wird gemeldet:

Ueber Hannover ist vom kommandierenden General der Belagerungszustand verhängt worden.

Wir erhalten folgende Drahtnachricht aus Hannover:

Die heute nacht um 11 1/2 Uhr angekommene Reichswehr feuerte, ohne das Kommando abzuwarten, auf die vor dem Bahnhof versammelten Menschenmassen. Eine Frau und zwei Männer sind getötet, zwei Kinder verwundet worden. In der Stadt herrscht große Erregung. Der Streik war bereits um 11 Uhr beigelegt.

Ueber die Vorgänge in Hannover wird durch Wolffs Bureau folgender Bericht ausgegeben:

Hannover, 8. Juli.

Die gestern abend auf dem Bahnhof eingetroffenen Truppen wurden von dem Gefinbel tätlich angegriffen, welches versuchte, ihnen die Waffen abzunehmen, worauf die Truppen von der Masse zur Selbstverteidigung Gebrauch machen mußten. Dabei sind dabei einige Tote und Verwundete zu beklagen. Wie der „Hannoversche Courier“ dazu weiter meldet, zog nach den Gewalttaten auf dem Ernst-August-Platz eine Anzahl von Sozialisten nach dem Schloß und holte dort Gefangene heraus. Hierauf zog die Menge vor einige Polizeireviere, um dort nach Waffen zu suchen und schließlich nach dem Militärgefängnis, wo ihr die Wache die Waffen ohne Widerstand überließ. Hierauf erzwangen sie den Einlaß und befreiten sämtliche Gefangenen. Die Gerichtsakten wurden in der Hölzer Straße verbrannt. Nunmehr begab sich der Mob nach dem Hellengefängnis, wo sich auch mehrere Truppen und Schutzeinheiten befanden. Es entwickelte sich ein Feuergefecht, das mehrere Tote und Verwundete forderte. Schließlich ergriß die Menge die Flucht.

Der amtliche Bericht läßt nach seiner ganzen Fassung darauf schließen, daß die Truppen, wie es in unserer Meldung heißt, selbständig, ohne ein Kommando abzuwarten, auf die Menge feuerten und damit die nachfolgenden blutigen Ereignisse provozierten. Wieder ist durch die Schuld der militärischen Führung, die ihre Truppen nicht in der Hand hat, das Blut Unschuldiger geflossen und ein blutiger Zusammenstoß heraufbeschworen worden. Wir verlangen strengste Untersuchung und Bestrafung der Schuldigen.

Abbruch des Eisenbahnerstreiks in Hannover.

Hannover, 7. Juli.

Die streikenden Eisenbahner haben beschlossen, den Streik abzubrechen und die Arbeit morgen früh wieder aufzunehmen. Die Streikleitung wurde beauftragt, die Verhandlungen fortzuführen.

Die Liste der Auszuliefernden.

Versailles, 7. Juli.

Einzelne Blätter, wie „Patrie“ und „Journal des Debats“ veröffentlichen die Liste der Deutschen, deren Auslieferung die Alliierten wegen Vergehens gegen die Kriegsgesetze und das Völkerrecht verlangen werden. Es werden genannt: Kronprinz Rupprecht von Bayern (Deportationen in Nordfrankreich), von Mackensen (Brandstiftung, Diebstahl, Hinrichtungen in Rumänien), General von Bülow (Niederbrennen von Andenne, Hinzulieferung Gefangener), Baron von der Lancken (Cavell-Affäre), Admiral von Capelle (Unterseebootskrieg), Leutnant Werner, die Kommandanten Valentiner und Forstner (Versenkung von Hospital- Schiffen), von Mantuffel (Niederbrennung von Lokomotiven), Major von Bülow (Verschiebung von Artillerie, Hinrichtung von 150 Gefangenen).

Das englische Unterhaus und die Auslieferung des Kaisers.

Amsterdam, 7. Juli.

Neuter meldet aus London, daß Bonar Law im englischen Unterhause in Erwiderung auf eine Anfrage erklärte, bisher die alliierten Regierungen in der Frage der Auslieferung des kaiserlichen Kaisers keine Rolle spielen.

Reklamationen bei der holländischen Regierung erhoben, die notwendigen Schritte in dieser Frage würden jedoch unternommen. Dalbica fragte, ob irgendwelche nicht amtliche Mitteilungen gemacht worden seien. Bonar Law erwiderte: Darüber möchte ich mich lieber nicht äußern. Murray fragte, ob Bonar Law wisse, daß eigentlich niemand besonders wünsche, daß der vormalige Kaiser nach England gebracht werde. Diese Anfrage erzeugte Beifall. Bonar Law antwortete nicht auf diese Frage.

Die Heimhaffung der Kriegsgefangenen.

Bern, 7. Juli.

Die belgische Eisenbahnverwaltung hat die notwendigen Maßnahmen zur Heimhaffung der deutschen Kriegsgefangenen getroffen. Zahlreiche Kriegsgefangene sind bereits nach Sammelplätzen für die Heimhaffung geschafft worden.

Der Proteststreik in Italien.

Bern, 7. Juli.

Der Generalrat des allgemeinen italienischen Gewerkschaftsbundes macht bekannt, daß auch die italienischen Eisenbahner sich dem internationalen Proteststreik anschließen werden. Nach Abanti wurde eine Tagesordnung vorgelegt, die in der Hauptsache folgendes besagt: Das italienische Proletariat beschließt, mit größter Energie sich gegen die Unterdrückungspolitik der Entente aufzulehnen, die darauf abzielt, die Sowjetrepubliken und die durch den Krieg entstandenen neuen Regime niederzuhalten. Diese allen Grundbesätzen des Selbstbestimmungsrechts der Völker und aller Gerechtigkeit höhnisch sprechende Politik findet in der Anerkennung des von allen freiheitlich Gesinnten bekämpften russischen Abenteuerpolitikers und in den Friedensbedingungen, wie sie von der Entente dem deutschen Volke auferlegt worden sind, ihren Ausdruck. Um gegen diesen Geist der Reaktion und der Unterdrückung, der die Leiter der Ententepolitik beherrscht, und gegen die völkerverfeindliche Politik der eigenen Regierung zu protestieren, wird am 20. und 21. Juli das italienische Proletariat mit Ausnahme der im Sanitätsdienst beschäftigten Leute in den Generalstreik eintreten.

Bern, 7. Juli. (W. Z. N.)

Die Regierungsverordnungen über die Preisherabsetzung der Lebensmittel und Bekleidungsgegenstände haben in den meisten Städten Italiens zu einer Verwirrung geführt. Nach vorliegenden Zeitungsmeldungen sind Unruhen größeren Umfangs am Sonntag nur in Mailand und Turin vorgekommen, wo zahlreiche Geschäfte geplündert wurden. Der Montagvormittag verlief nach Mailänder Nachmittagsblättern in Mailand ruhig.

Zwei Fragen.

Vor jetzt zwei Monaten sind die Mörder Karl Liebknechts und Rosa Luxemburgs abgeurteilt worden. Seit jetzt zwei Monaten wartet die Öffentlichkeit darauf, ob Moskwa das Urteil bestätigen wird oder nicht. Und seit jetzt zwei Monaten schweigt Moskwa. Kann er, der Mann der schnellen Entschlüsse, sich diesmal wirklich nicht entscheiden? Oder ist die Entscheidung vielleicht schon gefallen und er hält sie der Öffentlichkeit nur vor? Deshalb heraus mit der Sprache: Wie steht es mit der Bestätigung des Urteils gegen die Mörder Karl Liebknechts und Rosa Luxemburgs?

Vor viel mehr als zwei Monaten ist der sogenannte Oberleutnant Jürgen, eines der Werkzeuge der Spitzelzentrale, verhaftet worden, der seinerzeit auch den Genossen Ledebour festgenommen hatte, und von dem im Prozeß behauptet wurde, daß er Ledebour das gleiche Schicksal bereiten sollte, das die Genossen Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg getroffen hat. Die Verhaftung wurde damit begründet, daß er angeblich ohne Befugnis Verhaftungen bewirkt und Hausdurchsuchungen vorgenommen habe.

Obgleich die Öffentlichkeit in hohem Maße an dem weiteren Schicksal dieses Ehrenmannes interessiert ist, schweigt die sonst so berebte Staatsanwaltschaft über ihn wie das Grab. Wir fragen deshalb an: Herr Staatsanwaltschaftsrat Weismann, Herr Staatsanwalt Zumbroich, wo befindet sich Jürgen jetzt? Und wie steht's mit dem Verfahren gegen ihn?

Wir nehmen natürlich an, daß die uns zugegangene Nachricht falsch ist, auch er sei glücklicher Besitzer eines Passes nach Holland und vielleicht schon dort eingetroffen.

Die heiligen drei Könige oder wofür Deutschland Geld hat.

Von Privatdozent Dr. Arthur Rosenberg.

„Sparen, Sparen!“ Es löst es aus dem Munde unseres Finanzministers im Reich und in den Einzelstaaten. Wenn die Arbeiter und Beamten des Staats Aufbesserung ihrer knappen Einkünfte verlangen, wenn dringende Reformen in unserem Erziehungs- und Bildungswesen gefordert werden, dann stehen die regierenden Herren gewöhnlich achselzuckend da und beteuern treuerzig: „Wir haben kein Geld!“ Der arme, arme preussische deutsche Staat! Er hat nur für zwei Dinge immer Geld für die Freiwilligenkorps und für die Kirche!

In Weimar haben die Rechtssozialisten, die Zentrumsmänner und die Demokraten, neben anderen tüchtigen Leistungen, auch ein Kompromiß über das künftige Verhältnis von Kirche und Staat abgeschlossen. Das Ziel des schwarz-rot-goldenen Dreibundes hat denn auch das verdiente Lob davongetragen: Rückschritt in dem Bekannten berichtet der bekannte geistliche Dunkelmann Mumm in der Zeitschrift „Reformation“ vom 1. Juni über die Weimarer Beschlüsse, wie sie in den Urteilen 30, 30 a und 31a des deutschen Verfassungsentwurfs zum Ausdruck gekommen sind. Mumm triumphiert: „Das kirchliche Vermögen ist gegen Zugriffe gesichert, ebenso das Steuerrecht der Kirchen sichergestellt. Die Staatszuschüsse an die Kirche sollen abgeleitet werden; die Grundstücke für vollwertige Entschädigung werden durch ein Gesetz festgelegt werden.“ Kurz und gut, der Kirche sind alle Einkünfte sichergestellt. Und wenn sonst im Lande noch so viel Glend herrscht, die Kirche soll nicht darben. Dafür sorgen schon die Rechtssozialisten im Bunde mit ihren demokratischen und Zentrumsfreunden. Im Jahre 1914 hat allein in Preußen die Kirche 42 Millionen Mark direkt aus dem Staatshaushalt bekommen; ganz abgesehen von den vielen Millionen der Kirchensteuer. Zur Zeit zahlt der preussische Staat die Millionen an die Kirche immer noch lustig weiter, und wenn künftig einmal der Staatszuschuß an die Kirche „abgeleitet“ werden sollte, dann bekommt sie eine „vollwertige Entschädigung“. Und doch hat es einmal einen gewissen Jesus von Nazareth gegeben, der seinen Jüngern lehrte: „Ihr könnt nicht zwei Herren zugleich dienen. Entweder ihr dient Gott oder dem Mammon.“ Nun, Herr Mumm und seine kirchlichen Freunde haben sich für den Mammon, in Gestalt der deutschen Reichs-Kaufmannschaft, entschieden. Wie sie auf dieser Grundlage ihr Verhältnis zu Gott und zu Jesus einrichten wollen, bleibt ihnen überlassen. Die frommen Herren haben es ja zu allen Zeiten verstanden, hier ungerade sein zu lassen; sie werden sich auch aus dieser Zwischmühle herausfinden.

Nicht ohne Grund haben die Ober- und Geheimräte nach dem 9. November ihr kirchenfreundliches Herz entbedt. An sich ist ihnen die Kirche völlig gleichgültig; aber sie brauchen die schwarzen Bataillone als Waffen über im Kampf gegen das klassenbewußte Proletariat. Darum hält die jetzige Regierung der Geistlichkeit die offene Kieflasche hin und liefert ihr die Schutzjugend aus. Indessen ist in der Ehe zwischen dem Rechtssozialismus und der Kirche, wobei die Demokraten als Brautjungfern hinterdrein laufen, eine ergötliche Fregung passiert. Der oberste Bischof und „Herr“ der preussischen evangelischen Landeskirche war bis zur Revolution Wilhelm II. Seitdem nun Wilhelm seinen Wohnsitz nach Amteyungen verlegt hatte, war die preussische Landeskirche bischofs- und herrnlos, ein Zustand, der eigentlich einer demokratischen oder gar sozialistischen Zeit gar nicht unentsprechend. Aber die preussische Revolutionsregierung dachte gar nicht daran, die Gewalt, welche bisher die Hohenzollern über die Kirche ausgeübt hatten, aufzugeben. Sondern die vorläufige preussische Verfassung übertrug die Rechte, die früher der König von Preußen als „Oberherr“ der Landeskirche besessen hatte, auf drei evangelische Staatsminister. Für diesen ehrenvollen Posten wurden bestimmt: die Herren Oeser, Dr. Südekum und Geinert. So hat die preussische Landeskirche statt des einen vertriebenen Königs nun ihrer drei. Diese heiligen drei Könige der Republik Preußen sind der beste Witz, den in der sonst so tieftraurigen deutschen Revolutionsgeschichte gemacht worden ist. Herr Wolfgang Geinert ist ganz offensichtlich wegen seiner Milde, wegen seines Rechtsgefühl und wegen seiner echt christlichen Nächstenliebe auf den Bischofsstuhl erhoben worden. Dieser rechtssozialistisch-demokratische Königs-Ersatz war nun

...der jetzt von ungeringen jenseits zu sein, die sonst mit den höchsten Mächtern durchaus zufrieden sind. Von den kirchlichen Behörden und Versammlungen regnet es Proteste gegen diese „Spottgesetze der preussischen Notverordnung“, wie Herr Rumm in dem oben erwähnten Artikel sich ausdrückt. Herr Rumm trübt sich damit, daß die Bischofsgelehrten jener drei Minister nur eine vorübergehende Erscheinung sein werde, bis zum Inkrafttreten der neuen Reichsverfassung. Aber er irrt sich wahrscheinlich: so leicht werden die Reichsparteien die Gelegenheit nicht fahren lassen, die preussische evangelische Kirche fest am Gängelband zu halten.

Die wirkliche Befreiung der Kirche von der staatsrechtlichen Staatkontrolle ist nur möglich durch reifliche Trennung von Kirche und Staat. Dann darf die Kirche aber auch keine Trümmer vom Staat annehmen, und sie muß jeden Einfluß auf öffentliche Einrichtungen, wie z. B. die Schule, aufgeben. Gegenüber dem kaiserlichen Schacher zwischen den gegenwärtigen Reichsherrn und der Selbstlosigkeit erheben wir die Forderung: keine „Kirchensteuer“ mehr, sondern nur noch freiwillige Mitgliedsbeiträge in den privaten kirchlichen Vereinen! Kräftige Herabsetzung des kirchlichen Vermögens, wie aller anderen Vermögen, zu den Lasten der Allgemeinheit! Und vor allem: kein Pfennig mehr für die Kirche aus den staatlichen und kommunalen Kassen! Die vielen Millionen, die bisher alljährlich in Preußen-Deutschland der Staat dem sprichwörtlichen „guten Kragen“ der Kirche zugeführt hat, sollen lieber zur körperlichen und geistigen Förderung unserer armen Proletarierkinder benutzt werden. In diesem Sinne wird eine wirkliche sozialistische Regierung zu arbeiten haben, und sie wird nicht ihre Zeit mit dem Festsitzen des Königs- und Bischofs-Schabes verstreuen!

Kulturverrat.

Zwischen der Roskepartei und dem Zentrum finden bekanntlich Verhandlungen über die Schulgesetzgebung statt. Ueber den Inhalt des geplanten Kompromisses finden sich in den liberalen Blättern Mitteilungen, die geradezu ungeheuerlich klingen. Es soll ein Reichsgesetz beschlossen werden, das den einzelnen Preussischen Provinzen das Recht verleiht, am gegenwärtigen Stand der konfessionellen Schule etwas zu ändern. Die konfessionelle Scheidung würde aufrecht erhalten werden und der Religionsunterricht vorklassisches Lehrfach bleiben. Endgültig sollten die Schulfragen dann in einem Reichsgesetz geregelt werden. Es ist selbstverständlich, daß das Zentrum es verstehen würde, das Zustandekommen eines solchen Gesetzes herbeizuführen, das in dieser Beziehung die reaktionärsten der Welt, trotz Revolution und „vollendeter Demokratie“ bestehen bleiben.

Daran aber noch nicht genug. Das preussische Zentrum fordert vom Kultusministerium die sofortige Zurückziehung der beiden Schulnotverordnungen. Die eine Notverordnung bringt die Aufhebung der geistlichen Ortschulaufsicht, während die andere Bestimmungen über die Zusammensetzung der Schuldeputationen trifft. Die Verordnungen sind seinerzeit mit Zustimmung der gesamten Koalitionsregierung, also auch der Zentrumsmänner erlassen worden. Jetzt fordert das Zentrum ihre Beseitigung und droht, falls seine Forderung nicht erfüllt wird, mit der Bildung eines selbständigen Rheinischen, westfälischen und ober-schlesischen Bundesstaates. Es heißt, daß das preussische Kultusministerium diesen Forderungen Widerstand entgegensetzt, während im Reich der Reichstagspräsident Heinrich Schulz sich mit dem Zentrum abgeordneten Maussach bemüht, den Aufstand zum Abbruch zu bringen.

Daß solche Verhandlungen überhaupt stattfinden, ist ein unerhörter Skandal. Wir haben seinerzeit, als die Rechtssozialisten die Koalition mit dem Zentrum abgeschlossen, vorausgesagt, daß das völlige Preisgeben der sozialistischen Kulturforderungen

bedeuten würde. Damals wurde versichert, daß davon keine Rede sein könne, das Zentrum vielmehr zu wackigen Konzeptionen bereit sei. Nun zeigt es sich, wie richtig unsere Voraussage gewesen ist. Jetzt erntet die rechtssozialistische Regierung, was sie damals gesät hat.

Daß das Zentrum in solcher Weise aufzutreten sich unterjüngt, kennzeichnet allerdings die politische Situation. Die Roskepartei ist durch ihre verräterische Politik und die vollendete Unfähigkeit ihrer Führer so berundergezwungen, daß sie eben alles zugunsten zu werden kann. Bei den Massen ist sie verhaßt und verachtet, im Bürgertum nur noch als momentaner Notbehelf geduldet. Man weiß, daß wählen für die Partei eine Katastrophe bedeuten würden, und glaubt, ihr daher alles zumuten zu können.

In einer gewöhnlichen Geschicklichkeit und Straußlosigkeit will jetzt das Zentrum diese Situation ausnutzen. Die Rechtssozialisten und allen voran der famose Haenisch, haben seinerzeit das wüste Gelächel über die angebliche Kulturkampfbotschaft Adolf Hoffmanns erhoben. Jetzt zeigt es sich, daß das Zentrum unter den Kulturkampf bereits jede Einschränkung der Herrschaft der Kirche über die Schule aufhebt. Die erbärmliche Freiheit, die die Rechtssozialisten, wie in allen, so auch in den Kulturfragen bewiesen haben, trägt jetzt ihre Früchte und ihr Schacher mit sozialistischen Grundfragen endet damit, daß sie diese völlig aufgeben, während die Gegner ihre Grundfrage restlos durchsetzen.

Auf den Ausgängen dieses Kampfes zwischen den beiden Regierungsparteien kann man einigermaßen neugierig sein. Aber wie die Dinge stehen, werden die Rechtssozialisten schon zu Kreuze kriechen. Denn einen wirklichen Kampf können diese Selbsten der bürgerlichen Parteien doch nicht mehr führen. Und ob sie ein paar sozialistische Grundfragen mehr oder weniger aufgeben, bevor sie von den Arbeitermassen endgültig erledigt werden, darauf kommt es ihnen auch nicht mehr an.

Beschützer der Klassenjustiz.

Der „Vorwärts“ behauptet, wir hätten in unserer Besprechung des Prozesses über die Ermordung des Oberleutnants v. Klüber in Halle unseren Lesern alles mögliche vorgelegt. So hätten wir gesagt, den Tätern sei gar nichts nachgewiesen, während in Wirklichkeit als die einzigen wiedererkannt hätten, die Klüber ins Wasser geworfen und auf ihn geschossen hatten. Was aber haben wir in Wirklichkeit gesagt? Wir haben nicht erklärt, daß ein Teil der Aussagen mit Bestimmtheit in einem oder mehreren der Angeklagten den oder die Täter erkannt haben, d. h. also, wir haben daselbe, was der „Vorwärts“ jetzt sagt, nur in anderen Worten ausgedrückt. Allerdings haben wir der Wahrheit entsprechend hinzugefügt, daß andere Zeugen dagegen die Angeklagten als Mörder bezeichnet haben. Das unterschlägt der „Vorwärts“ selbstverständlich seinen Lesern.

Der „Vorwärts“ behauptet weiter, wir wären für die Freisprechung der Angeklagten eingetreten, auch wenn sie wirklich die Täter gewesen sein sollten. Wir fordern den „Vorwärts“ auf, diese schamlose Lüge durch einen genauen Hinweis auf die Stelle unserer Ausführungen aufzuklären, wo wir solche Worte auch nur dem Sinne nach gebraucht haben. Das Gegenteil ist nämlich der Fall. Wir haben erklärt, daß wir an dem Urteil nicht rütteln wollten, daß aber die Angeklagten nur die Opfer der Regierungspolitik geworden sind. Niemand haben wir aber gesagt, daß das einen Freispruch gegen wirkliche Täter rechtfertigen würde. Daß aber die Arbeiterklasse in den Angeklagten nur die verführten Opfer der durch die Politik der Regierung maßlos erregten Volksheldenschaft sah, das hat sogar die „Deutsche Tageszeitung“ in ihrem Nachwort zu dem Prozesse zugegeben, wenn sie sich auch darüber nicht äußert.

Daß dem „Vorwärts“ jedes Verständnis für Volkstimungen fehlt, wundern uns nicht, da mit jedem Tage immer sichtbar wird, daß er jeden Kontakt mit den Massen, jede Verbindung ihrer Bestrebungen von einem höheren, revolutionären Gesichtspunkt verloren hat. Noch we-

niger wundern es uns, daß er den Mordprozeß Klüber in einem neuen Vorstoß zugunsten der Mörder Liebknecht und Luxemburg und zur Verteidigung der Justiz im Reichstag im Reichstag benutzt. Das hat so kommen müssen. Der „Vorwärts“ hat zwar in einem letzten Augenblick das Befahren gegen die Mörder Liebknecht und Luxemburg als „Reaktion“ bezeichnet, aber er hat nicht darauf hingewiesen, daß auch in diesem Prozeß kein kühnerer Schuldbeweis gegen die Täter geführt worden sei, und er stellt es so dar, als ob wir blühend den Ruf der Mörder gefordert hätten, obwohl nur ein sehr kühnerer Indizienbeweis gegen sie vorlag.

Wir sehen davon ab, eine Parallele anzustellen zwischen der Höhe des Strafmaßes des verurteilten Oberleutnants Vogel und des Jägers Runge und den Urteilen im Klüber-Prozeß. Der Kernpunkt der Frage liegt darin, ob im Liebknecht-Luxemburg-Prozeß das ganze Verfahren darauf angelegt war, die Mörder zu bekämpfen und zu entlassen und die Spuren des Verbrechens zu verwischen. Der ganze Apparat der Militärjustiz wurde mißbraucht, das Recht mit Füßen getreten, um die Offiziersverehrung gegen Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg ungeschädigt bleiben zu lassen. Gegen diesen ungeheuerlichen Mißbrauch, gegen diesen Mißbrauch, der die deutsche Justiz schändet, gegen die elende Rolle, die die Regierung in diesem Prozeß gespielt hat, richtete sich unser Kampf. Und war es völlig gleichgültig, welches Strafmaß die Schuldigen treffen würde. Wir kämpften für Recht und Gerechtigkeit, wir protestierten gegen die ungeheuerliche Klassenjustiz, die in diesem Prozeß besonders kraft ausgedrückt kam, genau so, wie die deutsche Sozialdemokratie seit Jahrzehnten stets gegen die Klassenjustiz der Herrschenden protestiert hat.

Dem „Vorwärts“ nehmen wir seine Verteidigung der Klassenjustiz nicht weiter übel. Nachdem er der treue Gehilfe der herrschenden Gruppe geworden ist, steht er auch in der Frage der Justiz auf demselben Boden wie die bisher herrschenden junkerlichen und kapitalistischen Eliten. Die Grundzüge der deutschen Sozialdemokratie hat er auch hier verraten; ein unerhörter Mißbrauch ist es, wenn er sich auf sie beruft.

Fälschermethoden.

Der „Vorwärts“ als Nachfolger des Reichstagesverbandes.

Der „Vorwärts“, dessen jetzige Redaktion nur mit Hilfe des Oberkommandos in den Marken und unter dem Schutze des Belagerungszustandes den Berliner Arbeitern ihr Blatt entziffert, wirft unserem Genossen Dr. Oskar Cohn „Lichtstrahlen“ mit dem Belagerungszustand vor. Zu diesem Zweck zitiert er aus dem bei uns wiederergegebenen Bericht jüngsten Redes in der Nationalversammlung folgenden Satz:

„Es ist doch ein Unterschied, ob eine um die Macht ringende Partei, nennen Sie sie Regierung oder wie Sie sonst wollen, von der Gesellschaft abtritt, oder ob es die Regierung tut, die immer und immer wieder versichert, sei die wahre und gesetzliche und demokratische Regierung.“

Doch die folgenden Sätze, die den Standpunkt des Genossen Cohn in dieser Frage nach allen Seiten hin scharf umreißen, werden vom „Vorwärts“, nach Manier des seligen Reichstagesverbandes, glatt unterschlagen. Genosse Cohn erklärte kategorisch:

„Gewalt und Mißbrauch mißbillige ich gleich scharf, gleich viel welche Partei sich des Mißbrauchs schuldig macht. (Zurück bei den Reichstagen) Sie wissen, daß ich es mißbillige, wenn in München oder Passau oder sonstwo Kommunisten oder Unabhängige oder wer immer das Reichstagsmännchen und das Reichstagsmännchen durchbrechen. Aber es muß doch anders gemacht werden, was mitten in heftigen Kämpfen geschieht, als wenn Sie jetzt mit einer auf die Dauer berechneten Selbsterhaltung nichts weiter tun, als die Geschäfte einer Partei zu besorgen, um ihre Machtposition mit den Mitteln der Gewalt zu verfestigen.“

Man kann nicht scharfer die strikte Ablehnung aller Gewaltmethoden als planmäßiges Mittel der Politik zum

Ein Opfer.

Von Kurt Eisner.

Genossin Sonja Lerch war am Anlaß des Januarfestes 1913 in München mit einem Mann verhaftet worden. Ueber die Gründe zu ihrem Selbstmord im April 1918 wurde damals geschrieben. Neues Licht erhält der Fall durch folgendes Bild aus Eisers Nachlaß (aus Briefen bei Paul Cassirer, Berlin).

Die arme Sonja hat sich in Stadelheim nicht gegen den „Landverrat“, sondern um der tiefsten Demütigung ihrer Frauenliebe zubeugen lassen. Es war ein paar Tage vor dem Termin ihrer Verurteilung. Dieser prächtige deutsche Philologe, für den die Sonja gearbeitet und gerachtet hatte, der sich vor mir einen Kolonialer nannte, widerstand gleichwohl dem Uebel, und veröffentlichte in dem Augenblick, als seine Frau unter Anklage eines mit Zuschauern bedrohten Verbrechens verhaftet war, in den Blättern eine Erklärung, daß er schon vor einiger Zeit die Verurteilung eingeleitet habe. Die deutsche Öffentlichkeit nahm an dieser Verbindung ansehend keinen Anstoß; man fand sie offenbar selbstverständlich. Nur kennt kein Geistes. Die Deutschen sind ja das ritterliche Volk. Außerdem war sie nur eine kleine russische Jüdin und er ein ferndeutscher Mann, wenn auch Amerikaner. Sie schämte sich für ihn, und als sie sah, daß er sich wirklich zum Scheidungsantrag kommen ließ, schloß sie freiwillig und glücklich die Scheidung. Denn sie liebte diesen Mann! Sie hatte sich während der Streikwoche mit anderen Frauen vereinigt, die sie politisch agitieren ließen. Man hat ihr eingewidmet, daß politische Agitation — „Landverrat“ habe ja damals noch nicht in Frage — ein Scheidungsgrund sei. Unter dieser körperlichen Pein hatte sie eingewilligt, die Ehe friedlich zu trennen. Als ich ihr den ersten Augenblick sah, daß deshalb eine Ehe geschieden werden konnte, wollte sie zum Rechtsanwalt gehen und ihre Einwilligung zurückziehen. Das sagte sie mir am 31. Januar, während des Münchener Demonstrationstages. Ihre Absicht wurde durch die Verhaftung vereitelt. Ich bemühte mich, sie zu trösten: Ein Mann, der so handelt, sei doch nicht wert, daß man seine Wunden leidet. Da wurde sie sehr erregt und erwiderte mir sehr energisch, darüber nicht zu reden; der Mann sei ein Charakter. Da wußte ich, daß sie den Mann dennoch liebte. An dieser Liebe ist sie geblieben. Die Gefängnispsychologie, die langsam einwirkte, schloß sich

Rädte vollenden das Werk seelischer Zerrüttung. Ich sah sie seit unserer Verhaftung zweimal. Einmal begegnete sie mir noch im Kolonialgeschäft. Sie wollte auf mich zu und mir die Hand geben. Das wurde verhindert. Das zweite Mal sah ich sie im Hof des Untersuchungsgefängnisses; sie stand mit dem Regen, fixierend, völlig zusammengefallen, an die Mauer gelehnt, wie eine Verfallene, die die Schuldlosigkeit; sie erwiderte ihren „Spaziergang“ und ich begann ihn, wir traten uns bei dieser Wiedervereinigung zu. Eine russische Wirtin aus deutschem Boden. Sie erlebte das Martyrium doppelt, als russische Sozialistin in der deutschen Partei und als russische Frau bei dem Mann sie unversöhnlich gelehrt. . . . Später erfuhr ich, daß ihr Mann sie während der Haftzeit niemals besucht hat.

Bauernkomödien.

Nun sind wir in Berlin so weit, daß mit der bevorstehenden Sommerzeit die Theater ihren wöchentlichen Einheitsplan haben. Mehr als zwölf Bühnen haben ihre Serienstücke, das Tag für Tag ein nach Heiterkeit verlangendes Publikum erheut. Besonders beliebt bei den Landbewohnern sind in der Folge die Bauernstücke, bei denen Landluft aus den Kulissen weht. In der Volksbühne ist es unter der Sommerdirektion Heinrich Kestis die bayrische Dorfkomödie „Der heilige Florian“ von Real und Reichand, die mit Humor und Satire ihren unterhaltenden Zweck erfüllt. Der Arglistige, der den heiligen Florian als Schutzpatron gegen Feuergefahr anruft und munt, schießt selbst den Brand und erhält die Versicherungssumme, nachdem er in einer kurischen Geschworenenprüfung freigesprochen wurde. Das Stück enthält trotz darrer Streichen manche Vergnüglicheit und wird unter Leitung von Hans Just von Herzfeld, Sachs und den anderen Mitwirkenden gut zur Geltung gebracht.

Aus dem Bauern- und Milchwirtschaften zieht im Palasttheater eine neue Operette ihre Wirkung. Kurt Thierygen und Richard Walla haben Restros treffliche Komödie „Der Zerrissene“ zu einem Lustspiel verarbeitet, dem eine Frau Danciger die Begleitmusik schrieb, die küßlich, nach „Schlagern“ trachtend, aber schwächlich instrumentiert ist. Immerhin langt es zu einem lebhaften, tangbaren und launigen Ganzen, das unter dem Titel „Meinende Erben“ Dorf und Stadt, Verschwendung und Armut, Häßlichkeit und Treue so lange verlockt, bis sich die richtigen Grenzen gefunden haben. Die

Aufführung hielt sich in Darstellung und Ausstattung auf beachtlicher Höhe. Um den Erfolg machte sich (neben den Damen Mann und Garben und dem Tenor Willi Weh) in erster Reihe Franz Grob verdient, der eine famose, manchmal an Pausenberg erinnernde, bitter tragikomische Gestalt schuf, die den guten alten Geist der ersten Wiener Restroszeit atmete.

Ein Tag für Denkmalpflege hat gestern in der Berliner Akademie der Künste begonnen. Zunächst wurde das Thema behandelt „Die Zukunft der fürstlichen Schlösser und des ehemaligen fürstlichen Kunstbesitzes“, zu dem Prof. Marlowitz, Cornelius, Surlit u. a. sprachen. Prof. Marlowitz schlug vor, das Berliner Schloß zu einem preussischen Museum zu gestalten, das besonders Schadow, Rauch und Schinkel gewidmet sein sollte. Im übrigen traten die Teilnehmer des Tages für Denkmalpflege dafür ein, daß die Denkmäler, die dem Staat aus fürstlichen Besitz zufallen, nicht verwandt werden dürfen zu einem Zweck, der ihre künstlerische und geschichtliche Bedeutung beeinträchtigt oder ihre Erhaltung gefährdet.

Filmindustrie gegen Zensur. Die Vereinigten Verbände der deutschen Filmindustrie veröffentlichen folgende Mitteilung: Der Kartellrat der Vereinigten Verbände der deutschen Filmindustrie hat sich mit dem Reichsausschuss der Vorparlamentarier der Deutschen Nationalversammlung, in Artikel 117 der neuen Reichsverfassung die Zulässigkeit einer Filmzensur auszusprechen beauftragt und beschlossen, in einer Denkschrift an die Nationalversammlung, zum Ausdruck zu bringen, daß die Filmproduktion nicht der Zensur, sondern der Selbstzensur der Produzenten unterstellt werden müsse. Demgemäß haben die Vereinigten Verbände der deutschen Filmindustrie ein Organ errichtet, das in der Selbstverwaltung der Industrie stehend, dazu berufen ist, innerhalb der Kreise der Filmhersteller Selbstzensur zu üben und die Herbeiführung dieser Kreise, die sich selbst der Mithilfe künstlerischer und volkserzieherischer Männer und Frauen bedienen wollen, zum Ausdruck zu bringen, ob in den von den Filmherstellern geschaffenen Filmen die zulässigen Grenzen innegehalten worden sind, wie sie Sitte, Anstand, Besch und Geschmack erheben.

Die Verteilung des Nobel-Preises für 1913 für Physik, Chemie, Medizin und Literatur ist auf 1920 verschoben worden.

Für die im Monat August in der Volksbühne (Theater am Bülowplatz) stattfindenden Opernaufführungen ist das gesamte Blüthner-Orchester verpflichtet worden. Die musikalische Leitung hat Kapellmeister Eugen Gottlieb übernommen.

Widerstand bringen, als Mes Genosse Cohn getan hat. Doch er hiebei, trotz prinzipieller Ablehnung aller Gewaltmethoden, den Gedanken zum Ausdruck brachte, daß Abweichungen von der Gesetzmäßigkeit seitens einer um die Macht ringenden Partei anders gemertet werden müßten, als in einer für die Dauer berechtigten Gesetzgebung, entspricht durchaus den bisher allerseits anerkannten Gedankengängen der deutschen und internationalen Sozialdemokratie. Soweit es sich um die Interessen ihrer eigenen Partei handelte, haben auch die Rechtssozialisten stets nach diesem Grundsatze gehandelt: Beweis — ihre Haltung in und nach der Novemberrevolution. Daß sie es jetzt anders haben wollen, entspricht vollkommen ihrem Bestreben, den gesamten staatlichen Apparat, die Verwaltung und die Gesetzgebung nicht im Interesse der um ihre soziale Befreiung ringenden Arbeiterklasse, sondern im Interesse ihres elenden Parteiregiments zu gebrauchen.

Haben wir noch ein Recht?

In Hamburg wurden in der Nacht zum 7. Juli, wie bereits gemeldet, auf Anordnung des Kriegsgerichts 8 Personen verhaftet, weil sie auf Grund von Zeugnisaussagen (Spittel) im dringenden Verdacht standen, an dem Aufstand am 24. und 25. Juni beteiligt gewesen zu sein. Unter den Verhafteten befinden sich, wie nunmehr bekannt wird, auch die beiden der Unabhängigen Sozialdemokratie angehörenden Mitglieder der Hamburger Bürgergesellschaft, Rolf Henry Siemer und der Maschinenbauer Paul Wagner. Die Wohnung Wagners wurde gewaltsam erbrochen.

Das „freie Land der Welt“ nähert sich immer mehr den Rechtsverhältnissen eines asiatischen Despotenstaates. Ist dies doch innerhalb weniger Wochen der dritte Fall, daß entgegen der ausdrücklichen Bestimmungen der vorläufigen deutschen Verfassung Parliamentsmitglieder ohne Genehmigung des betreffenden Parlamentes verhaftet werden. So folgt Rechtsbruch auf Rechtsbruch, ohne daß die Regierung einzukreieren magt.

Eine weitere Meldung berichtet aus Halle, daß nach der Leiter des dortigen Wolffschen Telegraphenbureaus, Redakteur Korfmacher, auf ungesetzliche Weise verhaftet wurde. Als sich herausstellte, daß die Verhaftung auf einem Verleihen beruhte, wurde Korfmacher, der bereits ohne jedes Verhör sofort in Untersuchungshaft abgeführt worden war, freigelassen und die schändliche Stelle hat dem zu Unrecht Verhafteten ihre

Entschädigung ausgeprochen. Von einer Entschädigung aber gegenüber den Abgeordneten Dr. Cohn und Stöcker, die unter Bruch der Verfassung verhaftet waren, hat man bisher noch nichts gehört. Die Verhaftung Korfmachers wird übrigens ein bezeichnendes Dicht auf die Art, wie solche Verhaftungen vor sich gehen, waren doch dem Corps Leitow, von dem der Befehl ausgegangen war, sowohl die Persönlichkeit als auch die Lässigkeit des Verhafteten völlig unbekannt. Ja, es wurde bei der Entlieferung nicht einmal nachgeprüft, wer der Verhaftete sei.

Das Verhalten der Kollustruppen in Hamburg wird durch folgende Mitteilung ergänzt:

Hamburg, 8. Juli.

In Hamburg wurde in dieser Nacht die Wohnung des Genossen Bergmann, des Führers der Unabhängigen Bürgergesellschaft, in Abwesenheit Bergmanns erbrochen und durchsucht. Papiere, Briefschaften und auch Geldbeträge wurden weggenommen. Es konnte festgestellt werden, daß der Einbruch von Angehörigen der Kollustruppen bewerkstelligt wurde.

Neuregelung der Gemeindesteuern.

Die Minister des Innern und der Finanzen haben zur Ausführung des Gesetzes über die Gemeindesteuern im Rechnungsjahre 1919, wonach die Gemeinden die Steuer für Einkommen bis 3500 M. ermäßigen und für Einkommen über 6500 M. mit erhöhten Zuschlägen bedenen können, Bestimmungen erlassen, die u. a. auch Vingerzeige für die in Aussicht genommene allgemeine Neuregelung der Gemeindesteuern enthalten. Es heißt darin:

Dass aus der Not des Augenblicks geborene Gesetz soll nicht der künftigen Neuregelung des Kommunalabgabengesetzes durch die bevorstehende Novelle zum Kommunalabgabengesetz entgegenstehen, sondern nur für das laufende Rechnungsjahr den Gemeinden die Möglichkeit geben, gegenüber den augenblicklichen Steuerungs- und schwierigen Lebensverhältnissen breiterer Volksschichten, die voraussichtlich noch im Laufe des Jahres andauern werden, für dieses Jahr die niederen Einkommen stärker von der Gemeindesteuerentlastung zu entlasten und dafür die höheren Einkommen höher heranzuziehen, als es nach der gegenwärtigen Gesetzgebung zulässig ist. Die Entlastung der unteren Einkommen sieht sich dabei nur auf natürliche Personen, während die höhere Heranziehung der höheren Einkommen sowohl auf natürliche wie juristische Personen Anwendung findet. In der Durchführung des Rinderprivilegs wird in der Anwendung des

Stammesprivilegs nicht mehr geachtet. Die Gemeindesteuerschläge bleiben nach wie vor gleichmäßig.

Sollte infolge der neuen Tarifierung bei den höheren Einkommen ein über den Ausfall bei den niederen Einkommen hinausgehendes Mehr des Prinzipals erzielt werden, so würden die Gemeindesteuerschläge entsprechend niedriger bemessen sein. Die Neuregelung erfolgt durch diesen Gemeindefestsetzung, der an sich der staatlichen Genehmigung nicht bedarf. Ist bereits die Höhe der Gemeindesteuerschläge festgestellt und von der Festsetzungsbehörde genehmigt, so auch die Gemeinde, wenn sie einen anderen Prozentfuß der Gemeindesteuerschläge herbei führen will, erneute Genehmigung der Festsetzungsbehörde nachsuchen.

Bei der Ausführung des Gesetzes soll den Gemeinden auch insofern möglichst Freiheit gelassen werden, als sie sowohl für das ganze Steuerjahr, wie mit Rücksicht auf die vorgezeichnete Zeit nur für den Rest des Jahres von dem Rest der anderweitigen Regelung auf Grund des neuen Gesetzes Gebrauch machen können. Andererseits können die Gemeinden aber auch, wenn eine Veranlagung beschleunigt, bis zum 1. April 1919 rückwirkende Neuregelungen vornehmen.

Der Gesetzgeber bestimmt, daß die Gemeindevorstände dieses Recht nicht mißbrauchen, sondern von ihm einen angemessenen Gebrauch machen.

Wir erwarten, daß alle Gemeinden sofort von der ihnen durch dieses Gesetz gegebenen Befugnis vollen Gebrauch machen. Diese an sich äußerst kümmerliche Entlastung der niederen Einkommen ist dringend erforderlich.

Riga von deutschen Truppen geräumt. Wie die deutsche Gesandtschaft in Riga meldet, ist Riga von den deutschen Truppen geräumt worden. Die militärische und die politische Lage ist im übrigen unbedeutend.

Gewerkschaftliches.

Forderungen der Gasarbeiter.

Am Sonntag trafen sich in den Konordia-Sälen die in den Groß-Berliner Gasanstalten Beschäftigten zu einer überaus fruchtbar verlaufenen Versammlung. Auf der Tagesordnung stand zunächst die Frage der Gründung einer selbstständigen Gewerkschaft der Gasarbeiter im Rahmen des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter. Die Redner betonten die Notwendigkeit eines einheitlichen Zusammenschlusses aller in den Gasbetrieben beschäftigten Arbeiter. Mit großer Mehrheit wurde die Gründung einer Sektion der Gasarbeiter beschlossen. Als Sektionsleiter gewählt wurden Sebler und Wiedicke, Schönfeld zum Schriftführer. Ferner haben alle Gaswerke im Laufe der Woche zwei Vertreter ihres Betriebes aufzustellen.

Dann wurde zur Tarifberatung übergegangen. Schulze berichtete über den Stand der Dinge und über die Auffassung der Kommission, mit der sich die Versammlung jedoch nicht zufrieden gab. Nachdem der Vertreter der Arbeitsgemeinschaft, Spill, gegen die Gruppeneinteilung und die ungenügenden Lohnsätze und auch für eine Entschädigungsumme gesprochen hatte und die geschlossene Haltung der Elektrizitätsarbeiter räumte, stellte die Versammlung folgende Forderungen auf: Stundenlohn für Arbeiter 3,25 M., Handwerker 3,50 M. Eine sechsstündige Schicht wird als achtstündige Arbeit angerechnet. Vorarbeiter und Poliere erhalten 10 Pf. mehr. Die Festsetzung der Entschädigungsumme wird der Kommission überwiesen.

Der Streik der Schmiede.

Die Branche der Schmiede hielt am Sonntag vormittag eine sehr zahl besuchte Versammlung ab. Aus dem Bericht des Kollegen Köhler ging hervor, daß der Streik sich verschärft hat. Die Firma Porzig, die ihre Schmiede von allen 5 Betrieben am schlechtesten bezahlt, wollte durch Aufbesserung ihre Leute mit den anderen Werken gleichstellen. Alle anderen Werke sollten demnach leer ausgehen. Die Mitteilung, daß die Metallindustriellen behaupten, die Schmiede seien vertragskräftig geworden, sowie das Verlangen, die Arbeit am Montag bedingungslos wieder aufzunehmen, nahm die Versammlung mit großer Zustimmung auf.

Die Kollegen der Metallbetriebe sprachen ihre volle Sympathie aus und erklärten, auf der Duz zu sein und Streikarbeit zu betreiben. Eine Resolution fand einstimmige Annahme, in der der Vorkauf des Kontraktbroses zurückgewiesen wird. Die Schmiede haben alle im Kollektivvertrag vorgeschriebenen Wege erschöpft. Die Gruppe der Schmiede hat auch völlig selbstständig unabhängig von anderen Gruppen ihre Forderungen aufgestellt. Nicht die Schmiede, sondern die Metallindustriellen haben Verhandlungen abgelehnt.

Die versammelten Schmiede erklärten zu ihren Forderungen zu stehen und geloben nicht früher die Arbeit aufzunehmen, bis sie erfüllt sind.

Eine Versammlung der Maschinenbauer und Schneiderrinnen fand am 7. d. M. im Wagenhofer, Turmstr. 25/26, statt. Der Referent, Herr Hausmann, schilderte in wichtigen Worten die teilweise schlechten Lohnverhältnisse im Schneidergewerbe. — Auf der Tagesordnung stand als 1. Punkt: Stellungnahme zu den Forderungen an die Arbeitgeber. Die Versammelten haben offen ihre Zustimmung zu erkennen, daß in den neuen Forderungen dem Behauptungswesen und der Frauennarbeit mehr Aufmerksamkeit angewandt wird. Da die alten Tarife schon seit längerer Zeit unfähig sind und mit dem 1. August ablaufen, darf man dem kommenden Kampf im Schneidergewerbe mit Interesse entgegensehen. Dieser Kampf wird um so schärfer werden, weil über den Punkt „Abbau der Heimarbeit“ so schnell keine Einigkeit erzielt werden wird.

Groß-Berlin.

Fraktionsvorstand der U. S. P. D.-Arbeiterräte!

Am Mittwoch früh 11 Uhr findet eine Fraktionsvorstandssitzung in den Sellen 23 statt.

J. K.: Otto Koch.

Lebensmittelschleudungen in Lichtenberg.

Hast in allen Gemeinden müssen unsere Genossen, die in das Tätigkeitsgebiet der Gemeinden immer erfolgreicher eindringen, die behaverliche Feststellung machen, daß während der Kriegszeit als die Besten des Volkes sich verbluteten, Beamte, händischer und gemeindlicher Behörden an den Lebensmitteln der Allgemeinheit sich Hände bereichert haben.

Dank dem Eifer unserer Genossen in Lichtenberg ist jetzt einiges Licht in die für die Bevölkerung so trostlose Lebensmittelversorgung während der Kriegszeit gebracht worden. In der Sitzung der Gemeindevorstände erstattete die Kommission, die zur Untersuchung der Beschwerden über die Lebensmittelversorgung eingesetzt worden war, ihren Bericht. Die Untersuchung hat ergeben, daß alle Beschwerden des Genossen

Der Prozeß gegen Mühsam und Genossen.

München, 7. Juli.

Nach dem Standgericht begann heute ein neuer Hochverratsprozeß.

Unter der Anklage des vollendeten gemeinsam begangenen Hochverrats haben sich zu verantworten: erstens Schriftsteller Reich Mühsam, 1878 in Berlin geboren; zweitens Rechtsanwalt Dr. Arnold Wadler, 1882 in Aachen geboren; drittens Arbeiterskretäre Fritz Goldmann aus Schwanfurt, 1878 in Lübeck geboren; viertens Richter Otto Koller aus München; fünftens Prangehilfe Georg Sandbinder; ferner wegen Beihilfe zum Hochverrat sechstens Schlosser Joseph Wajson; siebentes Schreiner Waldreng und achtern Anton Hofmann.

Die Anklage beschuldigt Mühsam, an den Vorbereitungen zur Märzrevolution und an der Ausrafung der Märzrepublik sich hervorragend beteiligt zu haben. In der Sitzung des Zentralrats sei er besonders für rasche Durchföhrung der Verhaftung von Geiseln und schnelle Bewaffnung des Proletariats sowie die Durchföhrung der Exzesse um München nach Nordbayern mit bewaffneter Macht eingetreten.

Dr. Wadler war Vollbeauftragter für das Wohnungswesen und erließ die Verfügung über die Beschlagnahme und Nationalisierung der Wohnungen. Er gehörte der Kommission zur Bildung eines Revolutionstribunals an und brachte den Antrag zur Annahme, daß den Behörden oder Verletern mit der Regierung in Bamberg verhandelt werde.

Der Angeklagte Koller soll gerade durch seine Erklärung, daß die gesamten Garnisonstrände sich hinter die Märzrepublik stellen werden, bestimmend auf viele gewirkt haben, bei ihrer Abstimmung auf Ausrafung der Märzrepublik.

Unter den Zeugen befinden sich die Minister Segel, Schneppenhorst und Steiner.

Der Angeklagte Mühsam,

der seine Aussagen mit sehr großer Erregung und teilweise in abgebrochenen Worten machte, legt zunächst Protest ein gegen das Standgericht, das er für unzuständig an gegen das Reichsgericht, das er für unzuständig an hält. Er sei am 18. April verhaftet worden, als es noch keinen Kriegszustand gab. Es sei nicht guttrefend, daß der Kriegszustand in Bayern seit Ausbruch des Krieges bestanden habe. Er verlange, vor ein ordnungsgemäßes Gericht gestellt zu werden und nicht vor ein Gericht, das auf vorläufigen Bestimmungen beruhe. Er protestiere auch gegen die Beschleunigung des Prozesses. Andere, die viel später verhaftet wurden, seien bereits abgerichtet. Das Urteil gegen Lewine wäre unfein bereits abgeurteilt. Das Urteil gegen ihn und seinen Mitangeklagten müßte abgeurteilt werden, wenn gegen ihn und seinen Mitangeklagten vorher verhandelt worden wäre.

Das Gericht erklärt nach kurzer Beratung, daß der Einspruch wegen der Zuständigkeit des Gerichts zurückgewiesen sei, denn der Kriegszustand bestehe seit 1914, und Strafhandlungen, die vor der Verhängung des Kriegszustandes begangen wurden, fallen unter das Standgericht. Soweit sie sich auf Hochverrat und ähnliche Handlungen beziehen, lautet sie sich auf Hochverrat und ähnliche Handlungen beziehen. Nachdem sich Mühsam zuerst über seine politische Anschauungen geäußert hat, erklärt er: In München hatte ich die Gruppe „La“ gegründet und versuchte, unter dem Kampfbegriff kommunistische Ideen zu verbreiten. Das hat mir eine Anklage wegen Geheimbündelei eingebracht. Ich bin aber eine Anklage wegen Geheimbündelei eingebracht. Ich bin aber freigesprochen worden, weil es kein Standgericht war, sondern ein ordentliches Gericht, und weil ich nicht vor Offizieren, sondern vor Richtern stand. — Vorsitzender: Unterlassen Sie doch Ihre Erregung und Beleidigungen gegen das Gericht. — Mühsam: Ich fühle mich fortbauern dadurch provoziert, daß ich Uniformen vor mir sehe. Ich sehe die Gegenrevolution, und das bringt mich in Wut. Ich fühle mich hier wie ein Kriegsgefangener. Ich habe schon dem Untersuchungsrichter gesagt: Da ich ein Kriegsgefangener bin, dann stellen Sie mich an die Wand, aber stellen Sie nicht diese Rechtskomdie.

Mühsam erklärt nie Sozialdemokrat gewesen zu sein, da er der Demokratie ablehnend gegenüberstehe. Auch den Berliner Sozialisten habe er ablehnend gegenüberstehe, weil sie die schärfste Form des dogmatischen Marxismus vertreten. Auf die Frage, ob er für die Ausrafung der Märzregierung eingetreten sei, erklärt Mühsam: Ich bin immer für die Märzrepublik gewesen, nicht aber für die bürgerliche demokratische Republik. Ich war für die Märzrepublik und habe das Märzsystem, das ein Vermittler an der Revolution ist, verworfen. Am 6. April begegnete

ich Landauer und Rüdich und anderen vor dem Mittelbacher Palais. Sie forderten mich auf, mit ihnen mitzukommen in das Ministerium des Reichers. Es handelte sich um die Ausrafung der bayerischen Märzrepublik. Ich hielt das zuerst für einen Scherz. Man setzte mir aber auseinander, daß das Proletariat das verlange. Die Einberufung des Landtages sei eine Herausforderung, die mit revolutionären Maßnahmen beantwortet werden müsse. Im Ministerium waren Dr. Wajler, Lewine, Rüdich, Schneppenhorst und viele andere anwesend. — Vorsitzender: Schneppenhorst sagt, es sei eine sehr fragwürdige Gesellschaft gewesen. — Angeklagter: Das ist bezeichnend für den Charakter des Herrn Schneppenhorst. Es wurde die Einigung des Proletariats verlangt. Die Kommunisten lehnten die Beteiligung ab. — Vorsitzender: Es wurde doch eine Ministerliste vorgelesen. — Angeklagter: Die Namen wurden durchgesprochen. Minister Segel sagte: er könnte sich nicht entschließen äußern, müßte erst seine Partei befragen, erklärte aber, meine Sympathie habe ich. — Vorsitzender: Er stellt das in Wrede. — Angeklagter Dr. Wajler: Segel sagte sogar: Rinder, ich bin für euch, aber ich kann mehr werden, wenn ich draußen bin. — Vorsitzender: Segel erklärt, daß er gesagt habe, München sei doch nicht Bayern. Wadler behauptet Schneppenhorst, daß er sich in ähnlichem Sinne ausgesprochen habe, und daß Mühsam gegen ihn Opposition machte. — Angeklagter Mühsam: Das ist ungesetzlich das Gegenteil von dem was wahr ist. Im übrigen habe ich gegen Schneppenhorst Anzeige wegen Verleumdung erhoben. Schneppenhorst ist der bayerische Rasse. Ich habe gegen seine Ernennung zum Vollbeauftragten protestiert. Er wollte aber durchaus Minister werden. Ich hoffe, daß man ihn hier nicht unter Eid vernehmen wird. Landauer sagte mir das, daß Unmöglichkeit sei. Ich erklärte mich unter diesem Vorbehalt einverstanden, daß er auf die Ministerliste komme. Ich hielt es aber für selbstverständlich, daß nach Ausrafung der Märzrepublik unsere Mandate in die Hände der Massen zurückgegeben werden müßten und daß die Volkssammlungen das weitere bestimmen müßten.

Er gibt auch an, der Festsetzung von Geiseln zugestimmt und sie gefordert zu haben, dagegen mißbilligte er die Erschießung der Geiseln entschieden. Auf eine Frage erklärt er, daß die Einstellung der Russen in die rote Armee durchaus etwas Selbstverständliches für ihn gewesen sei.

Die Vernehmung des zweiten Angeklagten Dr. Wadler dreht sich in der Hauptsache um seine Tätigkeit während des Krieges. Er war Kriegsfreiwilliger und seit 1917 im Generalgouvernement zu Brüssel. Er bestritt mit dem Zwangsdeportationen etwas zu tun gehabt zu haben. Der Vorsitzende hält ihm einen von ihm verfaßten Bericht vor, in dem Wadler für Fortsetzung der Arbeiterdeportationen eintraten sei. Wadler erklärt darauf: Ich war amfangs nur auf die Informationen einiger Offiziere angewiesen. Vorsitzender: Ja, aber wenn Sie so arbeiterfreundlich eingestellt sind, hätten Sie für Ihre Person doch diese Zwangsmaßnahmen ablehnen müssen. Ein Mann, der Nationalökonomie studiert, dürfte sich doch nur nach den Prinzipien richten, die er selbst empfindet und die Sie vorher entwickelt haben. — Angeklagter: Ich hatte keine anderen Informationen. — Vorsitzender: Ich würde niemals, obwohl ich nicht zu einer Partei gehöre, einen solchen Bericht gemacht haben. Ich bin auch an dieser belgischen Sache beteiligt gewesen, aber erstreckerweise hatte ich nur mit der Durchführung der Leute in die Heimat etwas zu tun und ich weiß, daß die Leute durchaus nicht für freiwillige Verträge zu haben waren. — Angeklagter: Später habe ich gegenläufige Berichte geschrieben. — Vorsitzender: Diese Berichte lassen verstehen, daß Sie in den Verdacht des Verrats gekommen sind. — Vorsitzender: Sie hätten sogar die Seite daraus einen Grund folgern, Ihre Auslieferung zu verlangen. — Wadler erklärt, Ende Dezember 1918 der U. S. P. beigetreten, aber schon vor der Revolution für die Umwandlung eingetreten zu sein. Er sei auf dem Rückweg nach München der Märzregierung gewesen. Der Verhandlung auf dem Rückweg habe ihn immer mehr nach links gedrängt, doch habe er die Ausrafung der Märzrepublik für verfrüht gehalten und den Einwand der Kommunisten, die erst einen Rückweg einberufen würden, für berechtigt gehalten. Er sei der Meinung gewesen, daß erst der Friede hätte geschlossen werden müssen. Die Verhandlung wird darauf auf Dienstag verlegt.

...wenn wir nicht gut treffen. Ja, noch viel schlimmer wurde ausgedacht. Besonders während der Kriegszeit ist die Bieferung hinterher stark betrieben worden. Ein früherer Stadtvorstand erlaubte sich, dem Leiter der Bibliothek bei nicht genügender Bieferung mit dem Schützengraben zu drohen. Anläufe wurden gemacht, bei welchen die Stadt ungemessen Schaden erlitt, so in einem Falle im Jahre 1917 336 314 Mark. Weiter hat die Kommission festgestellt, daß in einer Woche 1500 Brotkarten fehlten, weil keine genügende Kontrolle vorhanden war. Die städtischen Beamten haben alle außerordentliche Zuwendungen an Lebensmittel erhalten aus sogenannten Restbeständen, während die Bevölkerung den Schmachtrien immer enger ziehen mußte. Der Bürgermeister Dr. Marek glaubte den Hauptschuldigen der Lebensmittelziehungen Herrn D. Inke zu verteidigen zu müssen, indem er sagte, daß ein Beamter mit so geringem Monatsgehalt (monatlich 400 Mark) auf Provisionen angewiesen sei. In einem Falle sind allein an Provisionen 10 500 Mark gezahlt worden auf Kosten der Lichtenberger Bevölkerung.

Alle Parteien waren sich in der Beurteilung dieser Zustände einig. Nur Herr Justizrat Schachtel glaubte, sagen zu müssen, daß die Gemeinde auf dem Gebiete der Lebensmittelversorgung nichts erreichen werde, er also gegen jede Kommunalisierung sei. Beschlossen wurde, das Vertragsverhältnis mit Dr. Inke schleunigt zu lösen und das Ergebnis der Untersuchungskommission in den beiden Lichtenberger Blättern, sowie an den Anschlagtafeln bekannt zu machen.

Darauf wurde den städtischen Beamten eine Entschuldigungssumme von 1200 Mark für Verheiratete und jedes Kind 200 Mark, für Ledige 1000 Mark, verheirateten Ruhegehaltempfänger 600 Mark, für jedes Kind 150 Mark, ledigen 420 Mark, Hinterbliebenen: 420 Mark für Witwen, 160 Mark für Halbwaisen, 240 Mark für Vollwaisen bewilligt. Unser Genosse Thurm gab zu verstehen, daß nun im Interesse der Lichtenberger Steuerzahler mit den Entschuldigungssummen bald Schluß gemacht werden müsse. Eine Vorlage des Magistrats, welche verlangt, das Schulhaus in der Wollendorferstraße zu Bureauzwecken einzurichten, wurde von allen Rednern bekämpft und an die Schuldeputation zurückverwiesen. Für Einstellung von drei Schulpflegern wurden 10 000 Mark bewilligt. Ein von unseren Genossen eingebrachter Antrag, den daselbstgebliebenen Kindern während der Ferien Gelegenheit zur Erholung und zum Spiel zu geben, wurde angenommen und der Magistrat ersucht, nachträglich die erforderlichen Mittel (20 000 Mark) von der Stadtvorordneten-Versammlung genehmigen zu lassen.

Bewaffnete Macht gegen Bildungsbestrebungen.

Nachdem politische und gewerkschaftliche Versammlungen verboten worden sind, werden jetzt auch sogar reine Bildungsveranstaltungen mit Waffengewalt bekämpft. Donnerstagabend fand statt die Besetzung des kommunistischen Bildungstuns in Charlottenburg, der zweimal wöchentlich stattfindet, einen Besuch an und Wite ihn auf. Zwei Lastautos, 75 Stahlhelme, Maschinengewehre, Klammernwerfer, Scheinwerfer, Nebelverleugner genügten zur Verjagung der 50-60 ruhigen, nach Bildung strebenden Proletarier. Ihr könnt das Wort verbieten, ihr könnt nicht den Geist.

Erhöhung der Postgebühren.

Vom 10. Juli ab werden folgende Gebühren erhoben: Für die Eilbestellung bei Vorauszahlung durch den Absender für jede Zeile Sendung, Postanweisung, Zahlungsanweisung oder Wertbrief im Ortsbestellbezirk 50 Pf., im Landbestellbezirk 1 M., für jedes Paket im Ortsbestellbezirk 75 Pf., im Landbestellbezirk 1 M. 50 Pf., für jedes Telegramm an Empfänger im Landbestellbezirk 1 M. Bei der gewöhnlichen Bestellung für Pakete im Ortsbestellbezirk bei den Postämtern 1. Klasse für jedes

Paket bis 5 Kg. einschließlich 30 Pf., für jedes schwerere Paket 40 Pf., bei den übrigen Postanstalten (Postämtern 2. und 3. Klasse und Postagenturen) für jedes Paket bis 5 Kg. einschließlich 20 Pf., für jedes schwerere Paket 30 Pf., im Landbestellbezirk für jedes Paket bis 2 1/2 Kg. einschließlich 20 Pf., für jedes schwerere Paket 40 Pf., für Postanweisungen, Zahlungsanweisungen bis 1500 Mark und Wertbriefe bis 1500 M. für jede Sendung 10 Pf., für Zahlungsanweisungen und Wertbriefe über mehr als 1500 M. für jede Sendung 20 Pf. Für die Einjammlung von Einschreibsendungen, Postanweisungen, Zahlkarten und Wertbriefen für jede Sendung 10 Pf., für Pakete im Ortsbestellbezirk 30 Pf., im Landbestellbezirk bis 2 1/2 Kg. einschließlich 20 Pf. und für schwerere 40 Pf. für jede Sendung. Außerdem wird vom 1. Oktober ab ein Zeitungsbestellgeld von monatlich 5 Pf. für jede wöchentliche Abtragung eines Stückes erhoben.

Brief-, Geld- und Paketsendungen an die in England internierten Besatzungsangehörigen des Internierungsverbandes unterliegen bis auf weiteres den Bestimmungen, die über den Postverkehr mit Kriegsgefangenen erlassen und an den Schalteraushängen der Postämter eingesehen sind. Bis die Anschrift der einzelnen Internierten den Angehörigen bekannt wird, ist folgende Anschrift zu wählen: Internierten-Station, Beispiel: An den Matrosen Walter Schmidt vom Linienschiff „Vaben“ durch The Prisoners of War Information Bureau 49 Wellington Street, Strand London WC.

Gepfefferte Presse. Ein Genosse schreibt und: Ich war am Sonntag mit Angehörigen in Bulow (Märkische Schweiz) in dem Restaurant Bollerndorferhöhe und mußte dort für eine große Weibe 150 Mark bezahlen. Wer also billiges Weibchen haben will, weise er hingugehen hat.

Aus dem Gemeindeleben.

Stegh. Aus der Gemeindevertretung. Nach einem Bescheid des Ministers des Innern an die Gemeinde Friedenau ist der Gemeindevorstand der Ansicht, daß der Kommunale Arbeiterrat keine rechtliche Grundlage mehr habe. Die Anträge der sozialdemokratischen Fraktionen, durch Anfrage beim Landrat und beim Minister die Sache noch einmal zu unterfragen, wurden von der bürgerlichen Mehrheit abgelehnt. Damit war der Kommunale Arbeiterrat für diese Herren vorläufig abgetan. Für die Einwohnerwehr wurden 50 000 Mark verlangt, wovon 19 000 Mark für Versicherungen auf ein Jahr entfallen sollen. Genosse Kiser mann kritisierte die hohe Zahl von 8 Offizieren und 60 Mann, die zur Überwachung der Waffen verwendet werden und vertrat unseren grundsätzlichen Standpunkt gegenüber den Einwohnerwehren. Die geforderten 50 000 Mark würden von der bürgerlichen Mehrheit bewilligt. Von derselben Mehrheit wurde ein Antrag, die vier Schulzimmer, die die Einwohnerwehr benutzt, zu entziehen, abgelehnt. Die Einrichtung eines Wohlfahrtsamtes wurde einstimmig beschlossen. Nach eingehender Kritik der Richtigkeits im Wohnungswesen wurde unser Antrag einstimmig angenommen, der die Regierung ersucht, die Mieterkündigungsvorschriften vom 28. September 1918 dahin abzuändern, daß der Vorbesitzer des Mietobjekts nicht die Befähigung zum Richteramt oder zum höheren Verwaltungsdienst zu besitzen braucht.

Brit. Die Gemeindevertretung am 20. Juni stimmte der Aufnahme eines Darlehens von 600 000 M. zu, das zum Ankauf von Auslandskartoffeln und für Notstandsarbeiten benötigt wird. Den Beamten und Lehrern wurde eine einmalige Neuerungszulage von 1200 M. bewilligt. Ferner wurde die Anschaffung eines Automobils und mehrerer Molkwagen beschlossen. Wegen der Stimmen der Bürgerlichen gelangte auch ein Antrag auf Einrichtung einer Wurstfabrik zur Annahme. Auf Antrag unserer Genossen wurde beschlossen, die Kirchensteuer nicht mehr durch die Gemeindebehörde, sondern durch die Kirchenbehörde selbst einzuziehen zu lassen, ferner für die Schulung von Kindern vortrüge in Gemeinschaft mit Neutölln zu veranstalten.

Sammlung für die politischen Gefangenen.

6. Quittung.
 Hoffberg 5 M., Ungenont 500 M., Hennings 10 M.,
 Gajenarbeiter vom Nordhafen Berlin 58 M., Frau Moritz 5 M.,
 7. Abtlg. 5 M., Ballert 30 M., Neubauer 20 M., Degener 5 M.,
 Sammlung Autopark des Fabrikverwaltungsamtes 168 M.,
 Mark, Neufach 30 M., Verta Schmidt 10 M., Petersdorf 10 M.,
 Otto Stredler 5 M., Frauenvereinsammlung Urania, Brangel 10 M.,
 50 M., Schwester Margarete P. 5 M., Pa. Heymann u. Schmidt
 70 M., Strelow 5 M., Dr. med. Richter, Heidenheim, 20 M.,
 Reparaturwerkstatt E. Flor 50 M., Karl Weber 5 M., Mahmann
 10 M., Wahlverein L. S. P. Henningsdorf 100 M.,
 20 M., Scheibe 25 M., W. Tropp 60 M., Rudolf 10 M., Strickland 20 M.,
 Georg Reich 25 M., Pa. Richard Jochke 25 M., Ruth Dreig 10 M.,
 Maschinenpersonal des Admiralspalast 50,50 M., Quast, Schulze
 straße, 12 M., Engelhardt 10 M., Werkstoff 10 M.,
 48. Bahnhofsleiter Col. Pfeil 16 M., Amerikanische Arbeiter
 Kufner, des Väder-Ges.-Ver. Nordgraben 120 M., Rapp 5 M.,
 W. O. 81 5 M., Mallow, Neutölln 7 M., Vogel 15 M., Fr. Hill
 Berlin, 7,50 M., Ferd. Schudat, Ubbio, Lindholz 67,50 M.,
 M. Weber u. Co., 214,50 M., G. P. 40 M., Fr. Lindemann 10 M.,
 Welland 8 M., Donnerstaggesellschaft Neutölln 61,50 M.,
 Buchinski 10 M., Emil Hoppen, Spandau, Sammlung in
 dau 119,50 M., R. 10 M., Biewert 10 M., Summa: 2000,00
 Mark, bereits quittiert 1625,50 M., zusammen: 20 000,00 M.
 Verlagsgenossenschaft „Freiheit“ e. G. m. b. H.
 R. D u d d e.

Aus den Organisationen.

Charlottenburg. Morgen, Mittwoch, findet in den beiden
 abenden, Gutfenstraße 23, bei Neuhof, sowie für den
 Teil Reichlinstraße 6, bei Krüger, ein Vortrag über das
 hat. — Die Kasserergerichte werden von jetzt ab wieder
 Genossen Friedrich, Gutfenstraße 67, Quergeb. 2 Tr., übernommen.
 Friedrichsstraße, Mittwoch, den 9. Juli, abends 7 1/2 Uhr,
 abend in den Gruppenlokalen.
 Charlottenburg. 1. Gruppe, Mittwoch, 7 1/2 Uhr, Gruppenlokalen,
 abend im Restaurant „Nachttrappe“, Spandauer Chaussee.
 Tempelhof, Mittwoch, den 9. Juli, abends 7 1/2 Uhr, in der
 des Egeums, Germaniastraße 45, „Gemeinsamer“, 3
 abend, 1. Vortrag über „Die ungarische Arbeiterbewegung“,
 einsamgelegenheiten, Mitgliedsbuch legitimiert.
 4. Kreis, Mittwoch, abends 7 Uhr, findet bei Forster, Woll-
 straße 17, im großen Saal für die 15. Abtlg. gemeinschaftlicher
 abend statt.
 Mariensfeld, Mittwoch, abend bei Gerich, 8 Uhr,
 randamitglieder 7 1/2 Uhr.

Verantwortlich für die Redaktion Emil Kabisch, Berlin,
 Verlagsgenossenschaft „Freiheit“, e. G. m. b. H., Berlin. — Druck
 Vindendruckerei und Verlagsgenossenschaft m. b. H., Schillbauerdamm

Ledebour

II. Auflage vergriffen.
 Das 21. bis 30. Tausend erscheint
 in einigen Tagen.
 Preis 75 Pfennig

Verlagsgenossenschaft „Freiheit“, e. G. m. b. H., Berlin
 Abteilung Buchhandel Schiffbauerdamm

Wenn Sie lange suchen



finden Sie vielleicht irgendwo einen Artikel etwas billiger, aber nirgends finden Sie alle Vorteile so schön beisammen, wie bei uns. In unseren 20 Geschäften sind alle Artikel deutlich lesbar ausgezeichnet und sind überall gleich preiswert.

Aber die Hauptsache für Sie ist unsere Garantie für absolute Genauigkeit in der Schärfe der Gläser und im Sitz der Fassung. Unsere modernen Fassungen sind schön und überaus bequem.

Die Augenuntersuchung ist kostenlos.

Optiker Ruhnke

— 20 Geschäfte —

- | | | | |
|-------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|-------------------------------------------------------------------------------------------|--------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|
| S. Spittelmarkt, 64. Wall-Str.
Am Alexander-Platz
S. Rosbacher Damm 10,
nahe Marienhaus-Danerk
SO. Oranien-Str. 44,
nahe Oranien-Platz | C. C. C. am Ruhnke / W. Leipziger Str. 113
C. C. C. am Ruhnke / W. Leipziger Str. 113
C. C. C. am Ruhnke / W. Leipziger Str. 113 | N. Chaussee-Str. 72,
Invaliden-Str. 164,
C. C. C. am Ruhnke / W. Leipziger Str. 113 | SW. Neue Schönehauser Allee 81
hoch-Etagen-Wohnung
NW. Friedrich-Str. 150,
C. C. C. am Ruhnke / W. Leipziger Str. 113 |
|-------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|-------------------------------------------------------------------------------------------|--------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|



Verlangen Sie nach außerhalb
 so kann unser Diplomet
 zum Selbstbestimmen pass
 der Gläser nach Verlaube.

6. Wahlkreis, 15. Abt., Bez. 529.
 Am Sonnabend, d. 5. Juli
 verstarb unser Genosse,
 der Tochter
Hermann Straube.
 Pflanz-Allee 14.
 Ihre seltsamen Andenken!
 Die Einäscherung findet
 am Donnerstag, den
 10. Juli, nachm. 5 Uhr, im
 Krematorium, Gerichts-
 straße statt. Um rege Be-
 teiligung ers. zu bitten.

Allen Bekannten zur
 Nachricht, daß unsere
 liebe Tochter und
 Schwester
Erna
 an Typhus nach kurzem
 Krankenlager am 5. Juli
 nach entschlafen ist. Die
 Beerdigung findet am
 Donnerstag um 4 Uhr auf
 dem neu Thomas-Kirch-
 hof, Hermannstr. statt.
 Um stilhes Beileid wird
 gebeten. Die trauernden
 Hinterbliebenen.
 Richard Hildebrandt
 nebst Frau u. Schwester
 Weichselplatz 5.

Sonntag, den 6. Juli,
 abds. 5 1/2 Uhr, entschlief
 nach lang, schweren
 Leiden mein guter
 Mann, Sohn, Bruder,
 Schwager und Onkel
Adolf Strehlow
 im 36. Lebensjahre.
 Dies zeigt, selbstbetrübt an
 Frau Luise Strehlow,
 Ottilie Strehlow,
 geb. Kunst als Mutter.
 Die Beerdigung findet
 am Donnerstag den 10.
 d. M., nachmittags 2 Uhr
 vom Gemeindefriedhof
 Neukölln aus statt.

Ausschreibung!
 Schleifern, Mechanikern, Un-
 gelerten, auch jedem Kriegs-
 beschädigten bietet meine
 kleine, neueste DRP-Präzi-
 sionschleifmaschine Gelegen-
 heit zur sofortigen Selbstän-
 digkeit und sicheren Existenz.
 Massenanfert. leichte Hand-
 habung, hoher Verdienst.
 Für Ladengeschäfte wertvoll.
**Otto Helmcke, Hamburg 1,
 Biberhaus.**

Soeben neue Nummer erschienen!

Der Sozialist.

Früher Sozialistische Auslandspolitisches.
 Unabhängige sozialdemokratische Wochenchrift.
 Herausgegeben von
Dr. Rud. Breitscheld.
 Unter Mithilfe Mitwirkung von
**H. Bloch, H. Haase, K. Kautsky,
 A. Stein, H. Ströbel u. a.**

Abonnements monatlich 6.— M., Einzelnnummer 20 Pf.
 Bestellungen sind aufzugeben bei der nächsten Postanstalt,
 bei den Speditoren der Freiheit, oder in der Verlags-
 genossenschaft „Freiheit“ e. G. m. b. H., Berlin NW 6,
 Abteilung Buchhandel, Schiffbauerdamm 19.

Zahnpraxis Witte
 Charlottenburg, Wilmersdorfer Str. 124.
 Spez.: Naturgetrauer Zahnersatz. Mäßige Preise.

In den nachstehenden Speditionen werden sofort

Botenfrauen

eingestellt:

Berlin
 Girschner, Girschner Straße 99, Döring,
 Steinmeyr, 23, Hackebarth, Michaelkirchpl. 2.

Potsdam
 Dotzauer, Kaiser-Wilhelm-Straße 38.

Charlottenburg
 Lorenz, Wallstraße 68.

Wilmersdorf
 Denecke, Augustastr. 60.

Tempelhof
 Bartsch, Weidenstraße 51.

Haut- und Harnarz!
Inserate
 für den darauffolgenden
 Tag müssen spätestens
 4 Uhr, Sonnabends bis 2
 Uhr nachm. bei der
 Expedition Schiffbau-
 Spr. 10-1 u. 8-8, Sonntag 11-1
 Erklärliche Benennung, dann 19 aufgegeben sein

Adalbertstr.
 (Hausnummer) beachte
 die Rechtsdielen
 Ehescheidungen
 Rechtsfolger Dele...

Kaufgesu

Handwagen,
 mit und ohne Federn von
 Mark 175.— an.
 Größte Auswahl.
G. Wagner,
 Köpenicker Straße 71.
 (Kein Laden.)
 2 zu klär. Brosch. über

Heilung
 der Syphilis ohne Einspritzen
 durch Dr. Gims bewährte
 Methode. Zu bez. für M. 2.—
 durch Daphners Verlag,
 München 40. Postfach 92

Dauerwäsche wird aus-
 gewaschen, verkleinert, gereinigt,
 Born, Reichenberger Str. 7
 Köpenicker Str. 7
 Fernsprechamt, Mpl. 14 305.

Kupferleitungs
 Kabel, Litzen, Draht
 die höchsten Preise
 Preisliste R. Nachmann
 Telefon Königsplatz

Schellack und Lein-
 pfu-dreie, kauft
 Berlin, Wollfr.
 Monat 2502.

Horzschrauben,
 dera, kauft Lehmann,
 dauer Drucke 9.

Antoschlamm
 jedes Quantum u.
 Preise R. Nachmann
 b. H. Charlottenburg,
 scheldstraße 8.

Körbe jeder Art
 lausend R. Nachmann
 b. H. Charlottenburg,
 scheldstraße 8